

Arbeiterzeitung

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Fußball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jugend

Hallo! Wahlhelfer der Liste 4!
Donnerstag 19.30 Uhr findet im Keglerheim eine öffentliche Versammlung der Liste 4 statt.

6. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 20. August 1930 Nummer 193

Angriff auf die Betriebe!

Roter Appell / Kampf gegen Unternehmervorstoß und Diktatursteuern / Verstärkt die Wahlarbeit für Liste 4!

Der Angriff des Unternehmertums auf die Arbeitermassen wird in Sachsen verheerend. In Sachsen versuchen die Unternehmer in den verschiedensten Betrieben den Lohnabbau durchzuführen und die Arbeitszeit zu verlängern. Die sächsischen Arbeiter beginnen gegen die Unternehmerrückgriffe zur Gegenwehr überzugehen. In einigen Betrieben haben Metallarbeiter und Textilarbeiter die Arbeit eingestellt. Diese Streiks werden aber noch rein beschränkt geführt. Sie erhalten nicht die notwendige Unterstützung durch die Gesamtarbeiterschaft. Ihre Vertretung und Ausdehnung gegen die Unternehmerrückgriffe ist eine im Interesse der Gesamtarbeiterschaft dringend gebotene Aufgabe. Die Holzarbeiter stehen im Kampf. Die Metallarbeiter sind immer noch in tariflosem Zustand. Ende August laufen die Tarife der Tabakarbeiter, der Glas- und Papierarbeiter ab. Im September gehen die Tarifverträge in den heimischen Betrieben zu Ende. Der Tarif der Gewerkschafter läuft Ende September ab.

Die Arbeiter dürfen nicht dulden, daß mit Eintreten eines tariflosen Zustandes die Unternehmer willkürlich in einzelnen Betrieben die Löhne drücken, um damit zu einem allgemeinen Lohnabbau zu kommen.

Die gesamte Front der Arbeiter muß den Kapitalisten entgegenstehen. Gegen die streikenden Arbeiter werden alle Mittel des Staatsapparates eingesetzt, um die Streikbewegungen abzuwürgen und das Proletariat niederzukämpfen. Die Reformisten, die nicht wagen, sofort offen gegen die Arbeiter aufzutreten, werden durch Zermürbungsstrategie die Arbeiter dem Unternehmertum auszuliefern. Dabei schließen die Reformisten wie in Mansfeld und Nordwest auch in Sachsen offene Bündnisse mit dem faschistischen Staatsapparat.

In Plauen trafen die Reformisten ein Abkommen mit der Polizei über Streikpostenstellen und teilten ein, daß durch die Polizei die als Streikposten ausmarshierenden Erwerbslosen von der Straße betrieblen werden.

Der von den Nationalsozialisten wurde, wie in Mansfeld und Nordwest, auch in Plauen beim Vordringen der Streikbrüche organisiert und betrieben.

Es ist die Aufgabe der Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition, den in Sachsen vorhandenen Streikbewegungen größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die einzelnen betrieblichen Streiks müssen von der Gesamtpartei und der KPD mehr unterstützt, die kämpfenden Arbeiter müssen von den Parteimitgliedern auf die Gefahr des Verrats durch die reformistische Gewerkschaftsopposition hingewiesen werden.

Die kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition müssen alle Kräfte anspannen, um die Bewegung über die einzelnen Betriebe hinaus auszudehnen, weitere Betriebe in die Bewegung einzubeziehen.

Die verschiedenen Betriebsräte müssen die Kampforganisation fördern. In Betriebsversammlungen sind Solidaritätsbeschlüsse für die streikenden Arbeiter anzuschließen. Es müssen Forderungen für die finanzielle Unterstützung der Bewegung gefordert, Kampfprogramme für die einzelnen Betriebe aufgestellt und vorbereitende Kampfschritte getroffen werden.

Diese Aufgabe steht in engem Zusammenhang mit der Durchführung des Wahlkampfes für die kommunistische Partei für den Sieg der Liste 4.

Das Schwerkern dieses Wahlkampfes ist auf die Betriebsarbeit zu verlegen.

Mit den Vorstößen des Unternehmertums, mit dem Wachen der Rolle der kapitalistischen Wirtschaft in Deutschland verschärfen sich die Angriffe des Finanzkapitals zur Vorbereitung der offenen faschistischen Diktatur.

Einmaliger Einmarsch der Polizei gegen Streikposten, Niederschlagung demonstrierender Arbeiter, Einmarsch der Polizei wie in Dresden für die Kulturreaktion sind an der Tagesordnung. Offen vorläufig die Treiber des Finanzkapitals die Verschärfung der diktatorischen Maßnahmen. Die Zentrumspresse und die Presse der Deutschen Volkspartei erklären, daß der Reichstag wieder aufgelöst werde, wenn keine Zusammenkunft nicht dem Interesse des Finanzkapitals entspricht. Die Bildung der Staatspartei, der Zusammenschluß der Demokraten mit dem faschistischen Jugenddeutschen Orden kennzeichnen die faschistische Entwicklung der Kleinbürgerlichen Parteien, deuten das Ende der Demokratie an. Die Solidaritätserklärung des Reichsbanners mit der Staatspartei zeigen die Front der faschistischen Reaktion von der Sozialdemokratischen Partei bis zu den Nationalsozialisten, zwischen denen ein Bündnis mit den Deutschnationalen unter Hugenberg besteht.

Die unter Ausschaltung des Reichstages durchgeführte Notverordnung bringt eine ungeheure Verschärfung der breiten Massen der Werktätigen und ist ein Vorzeichen weiterer verschärfter Angriffe auf die Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung. Die allgemeine Wirtschaftskrise in den kapitalistischen Ländern, der Zusammenbruch einer großen Menge Mittel- und Kleinbetriebe, die Massenverwerflichkeit, die Ausdehnung der Krise

auf die Agrarwirtschaft, die rapide Verschlechterung der sozialen Lage der werktätigen Massen sind deutliche Zeichen des Zerfalls der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Demgegenüber zeigt die ständig wachsende Industrialisierung, der Ausbau neuer gewaltiger Großbetriebe, die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, der Ausbau von Kollektiv- und Sowjetländern, die Einführung des Siebenstundentages und der Fünftagewoche, die ständige Neuereziehung von Arbeitern in den Produktionsprozessen, die planmäßige Senkung der Erwerbslosigkeit in der Sowjetunion vor den breiten Massen, daß nur der

Kommunismus die Rettung aus Not und Elend, aus Youngflotterei und wirtschaftlichem Zerfall ist.

Der Reichstagswahlkampf ist ein Mittel zur Mobilisierung der breiten Massen für die revolutionäre Bewegung, zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und der Errichtung eines Sowjetdeutschlands.

Die Auslösung und Einleitung der Tageskämpfe, die Durchführung von Streikbewegungen gegen Lohnabbau, für den Siebenstundentag mit vollem Lohnausgleich, die Ein-

„Die Kommunisten werden den Vogel abschießen!“

120 000 Versammlungen! / Eroberung der Betriebe! / Größte Initiative! Die bürgerliche Journaille schäumt vor Wut

Dresden, den 20. August.

„Eine Domäne von Wahlpropaganda wird über uns hinweggehen.“ schreibt gestern abend das „Berliner 6-Uhr-Abendblatt“. 34 000 Versammlungen hat Hitler angeordnet. Aber, fährt die bürgerliche Journaille mit verärgelter Wut fort:

„Den Vogel allerdings dürfen die Kommunisten abschießen, bei denen das genaue Programm erst in einigen Tagen festgelegt wird, die aber ihre letzte Wahlpropaganda noch bei weitem übertreffen wollen. Wurden damals 60 bis 70 000 Versammlungen abgehalten, so sollen es diesmal 100 000 bis 120 000 sein. Allerdings unterscheiden sich die kommunistischen Wahlversammlungen von denen der anderen Parteien insofern, als sie zum großen Teil Betriebsversammlungen sind, die teilweise sogar in den Betrieben selbst abgehalten werden. Für die Wahl ist die ganze kommunistische Partei mobilisiert. Es sollen neue Propagandamethoden angewandt werden, und der Wahlkampf soll auf breiterer Basis als bisher, noch viel lebendiger und mit mehr Initiative geführt werden.“

Jamahl, mit Kommunisten werden „den Vogel abschießen“. Wir werden in diesem Wahlkampf die Betriebe und Stempelstellen für uns und die Arbeiter und Arbeiterinnen für uns gewinnen. Wir werden das Programm des Kommunismus aufs Land, in die Büros, zu den Mittelständlern tragen. Wir werden in die gegnerischen Versammlungen gehen, die Wahlversprechungen der Volkseinde entlarven. Wir werden die außerparlamentarische Kampffront organisieren zur Niederschlagung des Faschismus. Unter dem Banner der Liste 4 der kommunistischen Partei werden die Massenmassen der Ausgebeuteten zum Siege greifen!

Wächtiger Aufstau im Ruhrgebiet

In dem gewaltigen Industriegebiet an der Ruhr löst die kommunistische Partei, wie überall, mit mächtigem Eifer vor. Kleine Wahlkundgebungen finden täglich statt. In den Schächten und Eisenhütten, den Profabrikaten, werden Versammlungen organisiert, in denen für die KPD, das Ruhr-Echo und die Liste 4 geworben wird. Bisher fanden, wie das Ruhr-Echo berichtet, bereits 34 öffentliche Wahlkundgebungen mit 73 000 Besuchern, 16 Versammlungen in Bergbauschächten statt, die von 6163 Kumpeln besucht waren. Bis zum 2. September sollen 100 weitere Betriebsversammlungen mit mindestens 80 000 Besuchern organisiert werden.

Unaufhörlich dringt die Partei vor, schart sie die Massen um ihr Kampf- und Siegesbanner, gewinnt sie viele hunderte

neuer Parteimitglieder und Mitglieder der revolutionären Massenorganisationen, gewinnt sie viele hunderte neuer Leser für die kommunistische Presse.

Überall schreitet die KPD im Sturmschritt voran, trommelt sie das Millionenheer zum Kampf um die Sowjetdiktatur zusammen und wird am 14. September zum Generalaufmarsch mit der Millionenwählermasse für die Liste 4 die erste Musterung halten.

Glänzende Rundgebung in Großröhrsdorf

Großröhrsdorf, den 20. August

Gestern fand in Großröhrsdorf eine Riesenerkundung der KPD statt, in der Genosse Siegel, M. d. L., sprach über: „Thälmann — Mahaux — Hitler“. Vor der Versammlung in der Krone sprach der Genosse Siegel auf dem Rathausplatz in einer Massenrundgebung unter freiem Himmel. Die Nazis hatten in der Versammlung zwei Disfunktionsredner gestellt, die die Nazibewegung in Großröhrsdorf durch ihre lächerlichen Ausführungen vollkommen kompromittierten. Der Jungdofandbat und Tischhobstant Mendel junior hatte in der Zeitung kein Erscheinen zu dieser Versammlung abgelehnt, weil die Kommunisten sie „lediglich aus Agitationszwecken“ organisiert hätten.

Die Versammlung selbst war von begeisterter Kampfstimmung getragen. Den Arbeiterfeldern trugen die Großröhrsdorfer Proletarier, daß sie Schlus machen werden mit dem bisherigen Kurs, daß sie bereit sind, mit der KPD für eine Sowjetmacht zu kämpfen. Dieser Riesenerfolg im Röhrsdorf zeigt, wie hürnisch die kommunistische Partei vorwärts marschiert und das Vertrauen der Massen erobert. Weiter vorwärts für den Sieg der Liste 4!

72 000 Mark für sich

Lohnraub, Arbeitslosigkeit für die Proleten

Berlin, 20. Aug. (Eig. Drahtbericht.)

SPD-Prolet mit 72 000 Mark Jahresgehalt verlangt für die BWS einen Lohnabbau von nahezu 10 Prozent für 27 000 Berliner Verkehrsarbeiter in der Form durchzuführen, daß je 2 Reichsmark pro Monat eingeführt werden. Die roten Betriebsräte stellen die Forderung auf Siebenstundentag und Lohnausgleich, die Abschaffung der Feiertagslöhne und Entlassungen, die Herabsetzung der Reisegehälter für Prolet und Jungarbeiter auf höchstens 500 Mark und die Wiedereinführung des Einheitstarifs von 20 Pfennig. Die SPD-Betriebsräte haben diese Forderungen abgelehnt. Heute findet die Abstimmung der Berliner Verkehrsarbeiter statt.

„Der rollende Sowjetrubel“

trägt die Schuld an der Verelendung der deutschen Erwerbslosen. So behaupten es die Nazis in ihrem Flugblatt, in dem sie zur morgigen Erwerbslosenversammlung mittags 13 Uhr in den Annensälen einladen. Ein kommunistischer Diskussionsredner wird diesen antibolschewistischen Troßknechten der Kriegstreiber und Börsenfürsten der ganzen Welt antworten. Erzwingt ausführliche Diskussionsfreiheit!

Auf in die Annensäle, morgen mittag 1 Uhr!

leitung des Kampfes gegen die Diktaturkern sind Maßnahmen zur Auslösung breiter politischer Kampfbewegungen, zu Massenbewegungen gegen die Vorherrschaft der faschistischen Diktatur.

Deswegen gilt es jetzt, die Hauptkraft auf diese Arbeit in den Betrieben zu konzentrieren. Die Betriebszellen der Kommunistischen Partei, die Kadern und Vertrauensleute der revolutionären Gewerkschaftsopposition müssen ihre ganze Kraft einbringen, um die Belegschaften in den Betrieben für diese Aufgabe in Bewegung zu setzen. Die Auslösung der Kampfbewegung in den Betrieben ist die beste Propaganda für den Sieg der Liste 4.

So darf kein Schwanken geben. Die Kommunistische Partei ist die Partei des revolutionären Klassenkampfes. Sie sammelt um sich alle, die für die Befreiung der arbeitenden Menschheit vom Druck der in- und ausländischen Kapitalisten kämpfen. Wir fordern alle mit uns sympathisierenden Arbeiter auf, in den Betrieben, auf den Stempelstellen, in den reformistischen und christlichen Gewerkschaften gemeinsam mit uns

diesen Kampf zu führen und auf der Bahn des Sieges der Revolution vorwärts zu drängen.

In diesem Kampf muß die Einheitsfront der werktätigen Massen erstelt werden. Revolutionäre Einheit der kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter, Einheit mit den Landarbeitern und arbeitenden Bauern, mit den untergehenden und vom Finanzkapital zermürbten Mittelschichten, Einheitsfront aller Werktätigen gegen den räuberischen Kapitalismus, gegen die Slavendogge und Youngimperialisten.

- Alle Kraft für den Sieg der Liste 4!
- Für den revolutionären Massenkampf gegen Lohn- und Steuerraub!
- Gegen Faschismus und sozialfaschistischen Arbeiterverrat!
- Für die revolutionäre Zerreißung des Youngpakties!
- Für ein freies sozialistisches Deutschland!
- Für die Diktatur des Proletariats!

Bezirksleitung der KPD, Bezirk Sachsen

Ein „Diktatürchen“ von Blut und Eisen

Dresden, 20. August.
Was wird nach dem 14. September? Wie will die Welt geistlich die Krise lösen? Kein Tag vergeht, ohne daß wir von den Führern der Parteien, die Kommandeure von Infanterie und Panzer, selbst die Prognose stellen. Da schreibt der „Völkische Beobachter“ als Beauftragter der Brüning-Regierung:
„Es (der neue Reichstag — d. Red.) wird entweder ein arbeitsfähiges Parlament, oder das letzte Parlament der Weimarer Zeit.“

Der „Konfessionär“, die Fachzeitschrift der Legationisten, wird noch deutlicher:
„Der 14. September wird es ja zeigen, ob es die Welt schaffen kann, und wenn es die Politik nicht zu schaffen mag, dann wird eben kurzerhand die deutsche Wirtschaft an die Stelle der Politik vorübergehend zu treten haben... Warum soll die Wirtschaft nicht Mut und Kraft ausbringen, um an die Stelle eines immotenten Reichstages zu treten.“

Trennanus, der Mann der Giftgasgewaltigen, schlägt in dieselbe Kerbe. Trotz starker Absichtung durchdringen in den letzten Tagen Gerüchte, wie eifrig an der Vorbereitung der neuen Diktatur gearbeitet wird. Von der Maßnahme der zum Zentrum und den Konjunktoren, von hier zu Hindenburg bis zu Hugenberg und Hitler, es ist die Konzentration aller faschistischen Kräfte, den Artikel 48 in Permanenz zu erklären. Hinter der Wahlurne des 14. September lauert der Schatten der Reichswehrgeneralität, der Legalisierung der faschistischen Terrorbanden von Maßraun bis Hitler als Kontinuität der Youngdiktatur.

So nah und so ernst ist die Situation für das deutsche Proletariat. Statt aufzurütteln, zum Kampf zu formieren, läßt die SPD-Preße Rebellenschwaden auf die Arbeiter los, verleiht ihnen das Blickfeld, damit das Proletariat ohne Richtung der Entscheidung entgegenginge. Niederträchtig ist der Leitartikel des „Dresdener Volksboten“ vom gestern. Wie es Anfang in einem Kabarett, die drohende faschistische Diktatur als ein Gaubium für das lauhende Publikum auswendig, schreie da ein Dr. Holzhammer:

„... Ins Neuhochdeutsch übersetzt heißt das: Entweder ein Parlament der Bürgerblock-Politik oder ein Diktatürchen. Denn bis zu einer wirklichen Blut- und Eisen-Diktatur denken wohl auch diese Brüninge nicht. Sie wollen nur unter Umständen noch ein Weilschen auf Weile 48 liegen, um revoltierende Wählerhaufen einzuschüchtern...“

Das wird selbst Generalen zu bunt! Wenn hat sich General von Seck, jetziger Kandidat der Sozialpartei in Magdeburg, über seine politische Aufgabe geäußert und sich gegen Diktaturpläne ausgesprochen. Und in der „Kreuzzeitung“ wendet sich ein anderer General (Leitzow-Borbeck) gegen das Rezept der ununterbrochenen Situationsauflösung.

„... Wertwürdige Zeiten, tolle Zeiten, wenn Generäle vernünftig und die bürgerlichen „Staatspolitiker“ verückt werden!“

Ne das nicht toll? Der Mann, der schon einmal Diktatur über Deutschland handhabte, im Jahre 1923 die faschistischen Arbeiter zusammenzuschließen ließ, wird von der SPD-Preße als „Träger der Vernunft“ deklarieren. General von Seck als Handdeggen und Feind gegen die faschistischen Umsturzpläne der Gesamtbourgeoisie, Leitzow-Borbeck und die exzessive „Kreuzzeitung“ als Kampfegegner gegen die „verrückten Staatspolitiker“! Die moderne Diktatur mit Blut und Eisen als „Diktatürchen“, als Schlagwort der Brüning, als eine „Pöbelverrückter Staatspolitiker“, die kein Arbeiter ernst zu nehmen hat!

Die Arbeiter kennen diesen Text der „Linken“ SPD-Presse. Sie haben das Spiel der Fretschlung und Heberzeugung der Arbeiter nicht erst einmal betrieben. Die Partei in Italien, die Otto Bauer in Österreich, die SPD-Führer in Finnland und Polen, haben ihre Sache nicht schlecht gemacht. Als im Jahre 1920 schon das Säbelgetöse der Kapptruppen vor dem Brandenburger Tor hörbar war, erließen die Ebert und Noske noch einen Aufruf, daß keine Gefahr vorhanden sei. Genau so sollen auch diesmal die Arbeiter angesprochen werden. Das drohende „Diktatürchen“ von Blut und Eisen ist keine gerüstete Klassenarmee finden.

Aber ist es verwunderlich, daß die „Linken“ SPD-Presse diesen Text lesen und lehren? Würden sie nicht, wenn sie die Heberzeugung einer bürgerlichen Demokratie zu einer offenen faschistischen Diktatur jetzt selbst gegeben würden, ihre verbotene Politik jedem sichtbar bloßlegen, wenn sie die Kampfpläne sabotieren, den außerparlamentarischen Kampf gegen die Steuerreform verhindern? Würden sie dann ihren Wahlfängern nicht erklären, daß ihre Wahlparole der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie und der Finanzkapitalisten eine lächerliche Phrase ist, weil das Rüstzeug der bürgerlichen Demokratie von heute das Rüstzeug der faschistischen Diktatur von morgen sein wird, weil man nicht mit Stimmzetteln gegen eine Diktatur von Blut und Eisen kämpfen kann, sondern nur mit den niederstimmernden Gewalt der außerparlamentarischen Einheitsfront des deutschen Proletariats?

Die Kommunistische Partei Deutschlands signalisiert der deutschen Arbeiterklasse und allen Werktätigen den gerechten Ernst der Pläne der youngkapitalistischen Beherrschung Deutschlands. Sie rüttelt auf. Sie formiert Divisionen von Hunderttausenden roter Wahlhelfer. Sie schafft vorbereitende Kampfausschüsse in den Betrieben. Kampfkomitees gegen die Artikel 48-Steuern, rote Wahlauschüsse. Ihr ist die gewaltige politische Aufgabe in der gegenwärtigen Situation gestellt: Die Billigung der gegenwärtigen Situation, die Einheitsfront aller Ausgebeuteten für den proletarischen revolutionären Ausweg aus der drohenden Katastrophe, für die Entwicklung der Kräfte der proletarischen Revolution im Wettlauf mit den kapitalistischen Kräften der Faschisierung.

Darum geht es im Aufeinanderprallen der Klassenfronten: Faschistische Diktatur mit dem Elend von Millionen — oder die befreiende Tat des Kommunismus, der allen Schaffenden Arbeit, Brot und Gluck gibt.

Wahlrechtsraub statt Brot

Berlin, 20. August. (Eig. Drahtmeldung.)

Das Reichskabinett ist gestern vormittag zusammengetreten, um über die Reichsfinanzreform und die Reichswahlreform Gesetzentwürfe zu erlassen. Der Wahlrechtsraub soll auf verschiedenen Wegen vollzogen werden. Ein Gesetzentwurf liegt bereits vor, durch den die Freigabe der Reichsliste bestimmt wird. Weitere Vorläufe verlangen die Erhöhung der Stimmzahl, die zu einem Mandat erforderlich sind, und zwar von 60 000 auf 70 000. Das bedeutet eine Verminderung von 50 bis 60 Reichstagsabgeordneten oder indirekten Wahlraub für 300 000 bis 350 000 Wähler.

Ferner soll die Zahl der Wahlkreise von 25 auf 162 vermehrt werden, die in 32 Wahlverbänden zusammengefaßt sind. Weitere Bestimmungen verfügen, daß neben den Parteien auch Einzelpersonen sich um ein Mandat bewerben können. Teilweise ist auch die Bestimmung, daß von nun an die Herausgabe des amtlichen Stimmzettels in Fortfall kommen soll und die Parteien die Stimmzettel selbst herstellen und verteilen müssen. Das ist ein Schlag gegen die KPD, die den Wahlkampf mit Arbeitergruppen bestritten.

Heuer ab, weil sie eine unerhörte Mehrbelastung der gesamten werktätigen Bevölkerung mit sich bringen.

Auch in Weiskensfeld

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion in Weiskensfeld hatte einen Antrag zu dem am 15. August stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung eingebracht, der die sofortige Aufhebung der Steuererhöhung und Boykott bei eventueller Zwangsverpflichtung auf die Erhebung der Diktaturkern forderte. Dieser Antrag wurde bei Stimmhaltung der Sozialdemokratie mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien, aber auch der Nazis, abgelehnt. Ein anderer Antrag, der vom Magistrat beschlossene Einführung der Kopfsteuer, der Grundsteuer sowie der Erhebung der Biersteuer vorschlug, wurde bei einigen Stimmhaltungen der Bürgerlichen durch Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten abgelehnt.

Hallo! Wahlhelfer der Liste 4!

Besteht in diesem Ort, in diesem Stadtteil... kommunistisches Agitationslokal? Hast du dich schon gemeldet? Sind dir schon bestimmte Aufgaben zugewiesen worden? Hast du schon deine Arbeitskameraden angehalten, Wahlhelfer zu werden? Weißt du, daß am Donnerstag eine wichtige Versammlung aller Wahlhelfer von Dresden stattfindet, an der du teilnehmen mußt?

Steuerstreit

Gemeindevertretung Reichholz lehnt Eintreibung ab

Die Gemeindevertretung Reichholz (Kr. Weiskensfeld) hat folgenden Bescheid gefaßt:
Die Festsetzung und Eintreibung der auf Grund des Diktaturartikels 48 durch die Reichsregierung der Brüning-Regierung vorgeschriebenen Steuern wird abgelehnt.
Die Gemeindevertretung lehnt insbesondere die Durchsetzung der Kopfsteuer, der Grundsteuer, der Melopfer, der erhöhten Grund- und Gewerbesteuer, der Bier- und der Schanksteuer ab.

Wer raubt den Kranken Arzt und Arznei?

Sächsische SPD-Preße will Wahlgeschäfte machen

In der „Pflaumer Volkszeitung“ vom 19. August behauptet sich Lorenz Böpp mit der Krankenversicherung auf Grund der Diktaturverordnung des Brüning-Kabinetts. Abschließend wird dem gesagt:

„Man stelle sich einen Erwerbslosen vor, der nun im Krankheitsfall gezwungen ist, für Arzt und Medizin erst einmal 1 Mark in bar auf den Tisch zu legen. Wer nie erwerbslos war, weiß vielleicht nicht, was das bedeutet. In der Praxis heißt das, daß die die Waise der Erwerbslosen und die elend bezahlten Proletarier so vieler Berufe die Rechnung von Arzt und Medizin unmöglich wird. Mögen sie dahinsinken und ohne Hilfe zugrunde gehen — die Hauptsache ist, daß die Profite steigen. Das ist das Geschäft der deutschen Bourgeoisie, der Staatspartei, der Christen, der Nationalen!“

Das ist sehr richtig, und man sollte annehmen, daß bei einer solchen Stellung der SPD-Preße von den sozialdemokratischen Führern jede Gelegenheit benutzt würde, gegen diese schändlichen Maßnahmen anzukämpfen. Auf dem 34. Deutschen Krankenkassenkongress legte die kommunistische Fraktion eine Resolution zur Beschäftigung vor, in der das Diktat Brüning-Hindenburg abgelehnt wird. Die SPD-Führer aber stimmten gegen diese Resolution, die folgenden Wortlaut hatte:

„Der 14. Deutsche Krankenkassenkongress erhebt schärfsten Protest gegen die mit dem Artikel 48 Abs. 2 der Reichsverfassung diskretierte Verordnung der Hindenburg-Brüning-Regierung vom 27. 7. 1930, durch die die Krankenversicherung unerhöht verschleiert wurde. Er weist diesen 500 Millionen-Kraub an den Versicherten als Teil der hungerloschneise des Ersatzkapitals gegen die Werktätigen zur Erfüllung des Youngpakties auf das entsetzteste zurück und ruft die mehr als 26 Millionen Krankenkassenmitglieder zum einmütigen außerparlamentarischen Massenkampf gegen die mit faschistischen Methoden diskretierte Verschlechterung der Krankenversicherung auf.“
Der Krankenkassenkongress stellt ferner fest, daß der Artikel 48 der Reichsverfassung Anordnungen solcher Art nicht zuläßt, die Verordnung vom 27. 7. deshalb verfassungswidrig und daher rechtsungültig ist.

Wie die Krankenkassen beklagt somit keine Veranlassung, diese Verordnung durchzuführen. Der Krankenkassenkongress fordert alle dem Hauptverband Deutscher Krankenkassen angeschlossenen sowie die anderen Verbänden angehörigen Kassen auf, diese verschleiernde und rechtsungültige Verordnung nicht durchzuführen und eine Aenderung der Verordnungen und Satzungen zum Zwecke der Verschlechterung der Krankenversicherung nicht vorzunehmen.“

Die Ablehnung dieser Resolution zeigt die ganze Verlogenheit der SPD-Führer, die gar nicht an einen Kampf gegen den Raub an den Krankenkassen denken. Lediglich unter dem Druck der SPD-Mitglieder schreiben sie jetzt radikale Worte.

Die Lüge der Börsenmächte

Die Hafentreuher verleiern ein Flugblatt in dem heißt:

„Alle Parteien (einschließlich der KPD) haben die nationalsozialistischen Anträge auf Einführung der Arbeitsdienstpflicht und auf Beschlagnahme des dem Volk geraubten Börsenkapitals im Reichstag einmütig abgelehnt.“
Gegen den Terror der Börsenmächte haben wir das Volk aufgeklärt.“

Die Niederträchtigkeit, mit der die Hafentreuher hier schwandeln, ist schon zur Gewohnheit geworden. Die Arbeitsdienstpflicht der Nazis haben wir selbstverständlich abge-

Rote Jugend, stürme vor!

An alle proletarischen Jugendorganisationen von Dresden und Umgebung

Dresden, den 19. August 1930.

Werte Genossen!

Das Unternehmertum geht jetzt zur verstärkten Ausbeutung und Entrechtung des Jungarbeiters über. Neue Steuern werden den jungen Arbeitern und Arbeiterinnen aufgebürdet. Die Forderungen der vereinigten Reaktion auf Heraussetzung des Wahlalters auf 25 Jahre bedeutet, daß man Millionen von Jungarbeitern politisch entrechtet. Gegen diese Schandtat muß die gesamte Arbeiterjugend eine revolutionäre Kampffront errichten. Am 14. September finden die Wahlen zum Reichstag statt. Alle Parteien zeigen jetzt einmütig ein jugendfreundliches Gesicht. Sie kühnen um die Stimmen der Jungarbeiterklasse. Die Jungarbeiterklasse muß daher mehr als bisher zu den politischen Tagesfragen Stellung nehmen und daraus ihre Stellung schlussfolgern.

Um im Wahlkampf als geschlossener Kampf-

block aufzutreten, ruft das unterzeichnete, vorbereitende Komitee alle proletarischen Jugendorganisationen, die Jugendbelegschaften, Berufsschüler und Jungwerkschüler auf, zur Bildung eines Roten Jungwählerkomitees gegen Faschismus, Kriegsgeld und Reformismus. Am Donnerstag, dem 21. August, findet die erste Sitzung des Roten Jungwählerkomitees im Büro der Internationalen Arbeiterhilfe, Dresden-Poppitz 18, statt. Die Sitzung beginnt pünktlich um 20 Uhr. Wir erwarten, daß eure Organisation zu dieser Sitzung bestimmte einen Vertreter entsendet.

Mit proletarischem Gruß
Vorbereitendes Komitee zur Bildung eines Roten Jungwählerkomitees.

Heinz Neumann in Dresden

Er spricht am Montag, dem 25. August 1930, 19.30 Uhr, über: „Nur der Kommunismus bringt Rettung“ / (Lokal wird noch bekanntgegeben)

Getreidekatastrophe in Amerika

Die Dürre hält an — Mais-, Gerste- und Heuernte vernichtet — Eine Million Farmerfamilien vor dem Ruin — Verschärfung der Industriekrise

Washington, 19. August. Die seit Wochen anhaltende Dürre in den Vereinigten Staaten droht das Land in eine Katastrophe zu stürzen. Das amerikanische Wetterbüro prophezeit weiteres Anhalten der Dürre. In vielen Staaten ist die Ernte noch weiter geschlagen. Überall wurde die Bewässerung aufgefördert, mit den Wasservorräten sparsam umzugehen. Die Getreidehändler rechnen mit der Vernichtung von ungefähr 400 Millionen Bushel Getreide durch die Dürre, was ungefähr 2½ Milliarden Dollar ausmacht. Die Dürre droht zugleich der Ernte in Westkanada.

Nach den Angaben des Landwirtschaftsministeriums haben die Mais- und Gersteernte und die Heuernte am meisten unter der Dürre gelitten. Auf weite Flächen hin sind diese Saaten vernichtet. Die Futtervorräte stellen nur 85 Prozent der normalen Vorräte dar, im Weizenboden nur 60 Prozent.

Nach den Angaben des Landwirtschaftsministeriums vom 8. August wird die Baumwollernte 14 362 000 Ballen im Vergleich zu 14 500 000 Ballen im Vorjahre betragen. Die Baumwollhändler haben aber mit einer geringeren Baumwollernte gerechnet; im Zusammenhang damit sind die Preise für Baumwolle bis auf 3 Dollar pro Ballen gefallen.

Der „Analyst“ rechnet mit einer geringeren Kaufkraft der Auto- und Weizenregion. Infolge der verringerten Transportbelastung werden die Eisenbahnen Verluste davontragen. Die Weizenmühle wird sich bereits jetzt katastrophal auf die Verschärfung der Industriekrise auswirken.

Nach den Ausführungen Hoovers sind von der Dürre ungefähr eine Million Farmerfamilien mit 2 250 000 Pferden und Maultieren, 6 Millionen Großvieh und 12 Millionen Kleinvieh, was ungefähr 12 Prozent des gesamten Viehs in den Vereinigten Staaten ausmacht, betroffen.

Wachsende Teuerung

New York, 19. August. Die Kleinhandelspreise für Milch, Butter und Gemüse sind in New York bedeutend in die Höhe gegangen.

Die Kurse für Wertpapiere fallen fortgesetzt. Viele Aktien sind wieder auf einen Kurs von 1 bis 6 Dollar pro Aktie gesunken.

Zwei Banken im Staate Arkansas machten infolge der steigenden Verelendung der Farmer durch die Dürre Konkurs.

Sturm auf New Yorker Arbeitsnachweis

New York, 18. August. Heute morgen fanden vor dem neueröffneten städtischen Arbeitsnachweis große Kundgebungen der Erwerbslosen statt. Als die Polizei die Straßen zu räumen versuchte, stürmten etwa 3000 Erwerbslose den Arbeitsnachweis. Es entwickelten sich größere Straßenkämpfe, in deren Verlauf mehrere Arbeiter schwer verletzt wurden.

Seeleutenstreik in Le Havre

Die Streiklage in Nordfrankreich

Paris, 19. August. In Le Havre haben sich die Dockarbeiter der mächtigen Streikbewegung angeschlossen. Ein englischer und ein italienischer Dampfer mußten in See gehen, ohne geladelt zu haben. Die Unternehmer haben für Mittwoch die allgemeine Auslieferung angekündigt.

Der Streik in Nordfrankreich

Paris, 19. August. Wie die bürgerliche Presse selbst eingestehen muß, verbleibt von wenigen Fällen der Rückkehr zur Arbeit infolge der Versuche, den Streik zu brechen, abgesehen, die gewaltige Mehrheit der Streikenden in Nordfrankreich weiter im Kampfe.

Insondere ist die Front der Streikenden in Roubaix und Tourcoing völlig lückenlos.

Um dieses neue Viaso der Unternehmer, der Regierung und der reformistischen Führer zu erklären, verweist die bürgerliche Presse auf die „Unversöhnlichkeit der beiden Parteien“, verweist aber, den Einfluss der kommunistischen Partei, die am Sonntag die Werkstätten in zwei mächtigen Kundgebungen in Roubaix, Tourcoing und Halluin mobilisierte, als geringer darzustellen. Am Montagmorgen begaben sich trotz umfangreicher Maßnahmen der Polizei zahlreiche Streikende vor die Betriebe. Es gab Zwischenfälle und Verhaftungen.

Macdonalds blutige Pläne

Er will das revolutionäre Indien bezimern

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus London: „Hier sind Nachrichten aus Indien eingetroffen, laut denen die vizekönigliche Regierung beschlossen hat, an der Nordwestfront zur Offensive überzugehen und einen entscheidenden Schlag gegen die Bergstämme zu führen, um diese ein für allemal zur Kasse zu bringen und der dauernden Bedrohung der Grenzprovinz dadurch ein Ende zu bereiten. Diese Nachrichten gewinnen dadurch an Ernst, daß der Vizekönig das Einverständnis der Londoner Regierung eingeholt hat, bevor er die genannte Aktion beschloß.“

Eine Forderung dieses völkerrechtlich eigentümlich gelagerten Stammesgebietes durch englische Truppen hätte eine politische Bedeutung und würde zum mindesten in Afghanistan großes Aufsehen erregen. Man darf jedoch annehmen, daß England es vorziehen würde, sich mit einer exemplarischen Bestrafung der Stämme zu begnügen und dann wieder abzuziehen; denn der unermüdete Gebietsstreifen zwischen Indien und Afghanistan hat sich in dieser Beziehung als nützlich erwiesen. Voraussetzung dafür wäre, daß eine solche Bestrafung in einer wirklich wirksamen Weise erfolgen könnte. Was in diesem Zusammenhang „wirksam“ heißt, kann man sich nur mit Grauen ausdenken; man muß fürchten, daß es praktisch auf eine Degimierung der Stämme hinauslaufen wird.“

Im Zeichen der Vorbereitung des Internationalen Jugendtages

Jungarbeiter eröffnen Produktionsfeldzug

Moskau, 19. August. Seit dem 15. August stehen die russischen Jungkommunisten in einem kollektiven Produktionsfeldzug. Dieser Feldzug hat alle Kräfte des Komjuch zur erfolgreichen Erfüllung der Aufgaben der Herbstausbauplanung mobilisiert und dient zum entscheidenden Aufschwung der Komjucharbeit auf allen Gebieten des sozialistischen Aufbaues angeht des dritten Jahres des Fünfjahresplanes.

Zur Erfüllung seiner freiwillig übernommenen Verpflichtungen, der Beschaffung des Getreides, der technischen Kulturen und Erweiterung der Ausbaustände, sind in allen Gebieten der Sowjetunion des Komjuch gebildet worden, die vorbildliche Arbeit leisten.

In drei Stunden...

Am ersten Tage des Produktionsfeldzuges der kommunistischen Jugendorganisation von Traktortrojan nahmen 1500 Jugendliche aktiven Anteil. Man hatte nur mit 300 bis 400 Teilnehmern gerechnet.

Die Arbeitsbegeisterung war grenzenlos. In drei Stunden hatten 300 Jugendliche die Holzverladung durchgeführt, zu der die Holzarbeiter gewöhnlich anderthalb bis zwei Tage brauchen.

Die auf diesem Wege erarbeiteten Gelder wurden dem Komjuch „Tschernoma Ukraina“, über den der Komjuch das Patronat hat, überwiesen.

Erhöhter Schutz den Müttern

— aber nur in der Sowjetunion

Moskau, 19. August. Das Arbeitskommissariat der Sowjetunion beschloß, das Verzeichnis der Berufs, die ebenso wie Berufs- und körperlicher Arbeit zu einem verlängerten Urlaub während Schwangerschaft und nach Entbindung (36 Tage vor und 56 Tage nach der Entbindung) berechtigen, erheblich zu erweitern. In das Verzeichnis wurden 56 Berufs neu aufgenommen (Büroangestellte, Technikerinnen, Agronominnen, Keramikerinnen, Lehrerinnen usw.).

30 neue Vieh-Sowjetwirtschaften

In Mittelasien ist nach einer Meldung der „Pravda“ mit der Organisation von 30 großen Viehwirtschaften begonnen worden. Die Wirtschaften werden auf einem Territorium von 5½ Millionen Hektar 17 000 Stück Vieh halten. In den Bezirken Samarkand und Serachan sind die Arbeiten für die Viehwirtschaften bereits beendet.

Der rote Eisenbahnzug

Die Kollektivisten, Klein- und Mittelbauern des Kanons Pogoduchow entsandten auf Initiative des Komjuch am Tage der Industrialisierung einen roten Eisenbahnzug — 40 Waggons Getreide und 20 Waggons Vieh — als Geschenk den Arbeitern der proletarischen Hauptstadt der Ukraine.

Rote Offensive in China

Peking, 18. August. In fünf Bezirken der Provinz Schansi, Hupel und Tschili entfalten die Kommunisten eine lebhaftige Tätigkeit. Am 7. August griffen 60 Mann die Stadt Nutschia an, zerstörten das Lokal der japanischen Militärorganisation, erbeuteten zahlreiche Waffen und nahmen die Wache gejangen.

Das kommunistische Korps in Peking unterlagte den ausländischen Residenten im diplomatischen Viertel, Wohnungen an Kommunisten zu zerstören.

In der französischen Siedlung in Tientsin wurden 60 chinesische Kommunisten verhaftet.

Die italienischen faschistischen Organisationen haben nach offiziellen Angaben folgende Mitgliederzahlen: männliche Sektion 1 040 500, weibliche Sektion 1 067 700, faschistische Universitätsgruppen 41 850, faschistische Mädchenvereine 21 055 Mitglieder sowie 1816 Universitätsprofessoren.

Das Feuer der Empörung loderte hell auf. Die Bauern, die jahrhundertlang maßloser Willkür und Ausbeutung unterworfen waren, kämpften, zum äußersten entschlossen, gegen ihre Peiniger und deren Helfershelfer.

In kleineren und größeren Trupps zerstreuten sie sich über die Wälder an den Landstraßen und Eisenbahnlinien entlang und erfüllten, von einer starken und zielbewußten Hand organisiert, ihre revolutionäre Pflicht.

Tschja schloß keine Nacht. Er fuhr von einem Partisanentrupp zum anderen, organisierte, stellte Verbindungen her, bezieht die Anführer.

Nachdem er die wichtigsten organisatorischen Arbeiten beendet hatte, fuhr er in die Stadt. Es wurde beschlossen, eine Konferenz einzuberufen, auf der er einen Bericht über die Arbeit unter den Partisanen erstatten und einen Plan für die weitere Arbeit entwickeln sollte. Man beriet darüber, ob Stanoßoff zu dieser Konferenz eingeladen werden sollte, da er im letzten Monat in der Provinz die Parteiliste geleitet hatte. Man einigte sich, ihn kommen zu lassen, aber vorher sollte er Tschja von der Arbeit in der Provinz erzählen, damit man erst einmal erfahre, wie er arbeite, und ob man ihm vertrauen durfte. Wasja sollte noch immer nicht mit ihm sprechen.

Tschja war von den Strapazen der letzten Wochen so müde, daß er sich am liebsten sofort schlafen gelegt hätte, als er in die Stadt kam. Aber er wollte vorher noch Olja treffen, um mit ihrer Hilfe Popoffs Arbeitszimmer zu durchsuchen.

Der Abend war hell und windstill. Tschja schloß sich an Olga's Küchenschürze und Kopfte dreimal leise an den Laden. Als Antwort hörte er ein Husten. Er vertiefte rasch den Hof und ging über einen schmalen Steg zum Teich hinunter.

Bald holte ihn Olja ein.

„Wie geht es mit Popoff?“, fragte Tschja.

„Sie sind jetzt alle in großer Aufregung“, erwiderte sie. „Anderer Arbeit läßt sie nicht ruhen. Es herrscht bei ihnen ein großes Durcheinander, die Offiziere verlieren das Vertrauen zu Kollischal.“

„Woher weißt du das alles?“

„Bei Popoff war eine Zusammenkunft. Ich habe gelauscht.“

„Ist er heute zu Hause?“

„Seit einigen Tagen bleibt er bis zehn Uhr in seinem Zimmer, später geht er fort und kommt nie früher als drei Uhr morgens zurück.“



Kopierrecht des Internationalen Arbeitersbundes, Berlin.

44. Fortsetzung
Ganze Dörfer zogen, mit Sensen, Heugabeln, Gewehren und Eisenstangen bewaffnet, fort und bildeten die Partisanentruppen.

„Wir haben nichts zu verlieren“, sprachen sie. „Einen anderen Ausweg gibt es nicht.“

Tschja blieb dann gewöhnlich in den halbverleerten Dörfern zurück, organisierte und belehrte die älteren Bauern und Bäuerinnen, die mit den Partisanen nicht mehr mitgehen konnten.

Die Arbeit brannte unter den Nägeln; sie erforderte viel Geschicklichkeit und Umsicht, vor allem aber große Vorsicht.

Tschja konnte als Kaufmann bei den reichen Bauern abfragen, er fragte nach dem und jenem, nach den Preisen des Getreides, nach dem Heu und Hafer usw. Wenn es dunkel wurde, verlampte er die Dorfstraße in einer Hütte am Ende des Dorfes und lehrte sie, dem Feind zu begegnen und ihm zu schaden.

Drei Monate schon war Tschja unterwegs, drei Monate des schrecklichen Winters fuhr er durch die Dörfer, organisierte die Partisanentruppen und stellte sie an wichtigen Punkten auf.

Schrecken durchließ die Reihen der Kollischal-Armee und Unruhe bemächtigte sich ihrer Generale. Die Marschkompagnien, die für die Front bestimmt waren, mußte man in die Etappe versetzen, eine ganze Reihe von Städten und Dörfern mußte man aufgeben, um die Partisanen abzuwehren.

Ganze Wälder brannten nieder. Truppen, die eingesetzt wurden, um das Feuer zu löschen, wurden von den Partisanen überfallen. Militärzüge entgleisten. Oft kam es vor, daß man eine Abteilung Kollischalisten in ein Dorf lockte, die Offiziere getrennt von den Soldaten einquartierte und das Offizierslager in Brand steckte.

„Also dann heute nach zehn.“

Einige Stunden später war Tschja in Popoffs Zimmer, sah alle seine Papiere sorgfältig durch und machte einige Kopien. Die Ereignisse jagten einander wie auf einem Filmstreifen. General Wassilischkoff hörte dem Bericht über die Strafexpedition nach der Fabrikvorstadt, den Popoff ihm vorlas, gespannt zu.

Der Bericht war in feierlichem Ton abgefaßt. „Die Arbeiter rebellieren“, hieß es darin, „aber unsere Offiziere haben die Unruhe im Keime erstickt. Jetzt herrschen wieder Ruhe und Ordnung.“ Wassilischkoff nickte.

„Das nennen sie ‚im Keime erstickt‘, ‚Ruhe und Ordnung‘, aber für wie lange?“

„Für dauernd“, schreibt der Oberst Snitkow in dem Bericht. „Er ist ein Trottel, wie Sie.“

„Erzählen werden entschuldigen — — —“

„Lesen Sie weiter.“

Popoff las noch einige chiffrierte Telegramme vor, die über die Bauernrevolten und die entgleisten Züge berichteten.

„Natürlich, Ruhe und Ordnung, schönste Wassilischkoff. Wir sind vollkommen umzingelt, und diese Idioten behaupten, daß Ruhe und Ordnung herrschen! — Lesen Sie weiter.“

„Ich habe Vanoffo Briefe beschliffert. Er schreibt —“

„Lesen Sie. Ich will den Brief und nicht Ihre Auslegung hören.“

Popoff war innerlich müde. Er biß die Zähne aufeinander. „Alter Teufel“, wäre es ihm beinahe entfallen.

Wassilischkoff hob seine bulgischen Augenbrauen und sah Popoff gerade ins Gesicht: „Regen Sie sich nicht so sehr auf. Oder glauben Sie, daß ich mich vor dem Gewürm der Diktatur beugen werde? Vorläufig sind wir noch nicht so weit!“

Er setzte sich wieder in seinen Stuhl zurück und befahl: „Weiterlesen! Was schreibt Vanoff?“

Popoff las mit vibrierender Stimme: „Es ist mir gelungen, in die politische Leitung der Roten Armee einzubringen. Ich werde Sie über alles, was bei den Bolschewiki vorgeht, auf dem Laufenden halten, lese regelmäßig die Geheimrundschriften ihres ZK und schide alle Nachrichten sofort an Professor Sidschopin.“

Mit unserer ukrainischen Gruppe werde ich ebenfalls in Verbindung durch Ariemi Nikolajewitsch Chomjakoff, und halte zu gleicher Zeit die örtliche Zentrale der Bolschewiki in Händen.“

(Fortsetzung folgt.)

Geisenlied der SPD-Führer

In Hinterhöfen zu singen

Wir haben unsere Brüder mit Wahlkampfsiege bedacht, das machen wir das nächste Mal wieder, das hat sich bezahlt gemacht...

Wir haben ihn gebilligt, den großen heiligen Krieg, wir haben Kredite bewilligt, weil unter Gewissen Schwieg

Dann haben wir auf die Beine und wurden schwarzrotgold, die Revolution kam alleine, wir haben sie nicht gewollt.

Wir haben die Revolte getreten und Ruhe war wieder im Land, Das Blut von den Proleten, Das fließt noch an unserer Hand.

(Aus der KPD-Wahlzeitung „Für Brot und Freiheit“)

Wählerlisten einsehen!

Die Stimmlisten der Stadt Dresden für die auf den 14. September 1930 anberaumte Reichstagswahl liegen vom 24. bis mit 31. August 1930 zu jedermanne Einsicht aus, und zwar werktags von 12 bis 20 Uhr, Sonntags von 10 bis 18 Uhr. Es sind Anträge an den hiesigen Anschlagstein angebracht, aus denen ersichtlich ist, wo der einzelne Stimmberechtigte seine Karte einlegen kann.

Roter Kulturtag in Zittau

Erwerbslose Genossen werden sich beim Gen. Arthur Wolf, Hubertusstraße 64, in der Geschäftsstelle, Güterbahnhofstraße 24, oder in der Expedition der Arbeiterstimme, Güterbahnhofstr. 2, Fahrpreis 1,50 RM, Stellen Sonntag 14,30 Uhr Arbeitertag Platz und Hubertusplatz.

„Volkspolizei“ in Rot

Am Montag schritt ein am Wilmers Platzionierter Berufs-polizei in so energischer Weise zur Namensablehnung eines Kahlhähners, daß er sich schließlich das aufgedruckte Taktikum mit dem Revolver vom Leibe halten mußte. Wertwürdig...

Ein Kind vom Balkon gestürzt

Gestern Dienstag stürzte gegen 12,30 Uhr der vierjährige Sohn eines Chemiker-Polizeiüberwachungsleiters, der in Dresden, Anwaltsbrüder Straße, zu Hause wohnt, vom Balkon des 2. Stockwerkes auf den Hof. Der Junge wollte dort Blumen pflücken und ist mit einem Geländer, das um die Blumen gezogen war, hinabgefallen. Er trug nur geringfügige Verletzungen davon, so daß von einer Einlieferung in ein Krankenhaus abgesehen werden konnte.

Selbstmordversuch in der Bulgaria

In der Zigarettenfabrik Bulgaria hat sich eine Tabakarbeiterin das Leben zu nehmen versucht, indem sie sich auf dem Whort aufhängte. Sie wurde noch rechtzeitig entdekt, wieder zu sich und nach Hause gebracht. Die Gründe der Tat sind unbekannt.

Banzerkreuzer Botemkin

als Tonfilm (Lichtspiele Freiburger Platz)

Gestern wurde der bekannte Film des Gostino „Banzerkreuzer Botemkin“ in den Lichtspielen Freiburger Platz als Tonfilm uraufgeführt. Er hat durch die Betonung nichts eingebüßt, sondern nur gewonnen. Besonders starke Szenen, wie die an der Oberhoer Bahntreppe, kommen durch die Betonung Edm und Reile's besonders stark zur Geltung. Wir können zum Besuch nur dringend auffordern.

Margistische Arbeiterschule Dresden

Freitag 20 Uhr findet unsere Mitgliederversammlung in der 348 hat, Tagesordnung: Aussprache über das Schulprogramm, alle Genossen und Interessenten sollen erscheinen.

Die Kinder der Mansfeld-Kumpels

Verlaufs von Freital nach Mansfeld?

Die Freitaler Lügen-Volkszeitung behauptet es — Die Pflegeeltern verklagen die Verleumder

(Arbeiterkorrespondenz)

Freital, Am Mittwoch kamen, wie bereits berichtet, Kinder vierer freitaler Arbeiter nach Freital, um hier einige Wochen zu verbringen. Am Donnerstag berichtete die Freitaler Volkszeitung von der Empfangsunternehmung am Bahnhof und fügte hinzu:

„Wir wollen hoffen, daß diese Kinder nicht ebenso verlaßt und verlornt nach Hause fahren müssen, wie die Mansfelder Kinder.“

LINKS--LINKS--



„KOLONNE LINKS“ TRITT AUF

Im Wettstreit gegen die Roten Raketen am Sonnabend, dem 23. August, 20 Uhr im Saale des Keglerheim, Friedrichstr.

„Deutschland erwache“ — es ist erhältlich:

Der „große Adolf“ für 5 Mark!

... bei den Arbeitern haben die Nazis abgegriffen!

(Arbeiterkorrespondenz)

„Prima, prima auf Seide gemalt: das Bild unseres großen Führers Adolf Hitler.“ So hört man es täglich am Nazi-Zeitungsstand am Pilsnischen Platz.

Geschäftig rennt der sympathisierende Bürger vorbei. Ein Bild, ein Gedanke: „Aber, ich weiß noch nicht, ob er die große



... 5 Mark für den Kohlkopf, und dazu ungenießbar?!”

Mode bleiben wird... Die Arbeiter scheinen auf den Sozialismus doch nicht verzichten zu wollen. Ein fetter Bourgeois, militärisch von den Nazis begrüßt, kauft: „Mein Hausmann freut sich, wenn ich ihm etwas idente.“

„Im übrigen richtet der Glaube an Hitler für meinen Geldbeutel keinen Schaden an“, denkt er im stillen für sich und zählt lächelnd.

Erwerbslose Proleten stehen dabei:

„Wenig, ich habe keinen Platz auf meinem Abort, sonst könntest du mit den „großen Adolf“ schießen.“ Tröhnendes Lachen im Umkreis. Der andere tippt sich mit dem Finger an den Kopf: „Ihr habt ja een Dieb — fünf Mark für een Kohlkopf und dazu ungenießbar?!”

Er dreht sich um und haut ab. An seinem linken Arm ist die rote Armbinde mit der Aufschrift: „Wählt KPD, Liste 4!“ herabgerutscht. Ein anderer Prolet kommt heran, während er sie hochhehelt. „Gut gesagt“, meint der andere, „bei uns ham die Nazis mit ihrem beschiffnen Adolf abgegriffen. Kommt gar nicht in Frage, der aufschblölene Hanswurstel.“

Dann gehen sie zusammen in der Richtung des Volkplatzes weiter. Es gibt viel zu tun für rote Wahlkämpfer...

So arbeitet Verwaltungsbezirk 1!

In der Straßenzelle Köblau liegt das hereingeholte Wahlpulver auf 67,41 RM. Im gleichen WB wurden am Sammeltag für 20 RM Broschüren verkauft. Die Straßenzelle Cotta setzte 700 Häuserbesprechungen, „Der Rote Beobachter“, am Sonntagvormittag um.

Lugau sammelte bisher 100,—

(Diese Summe kam zustande durch die aktive Arbeit zweier Genossen, die diese 100 RM in wenigen Stunden sammelten.)

Was „wollen die Kommunisten“ laut Volkszeitung?

„Vernichtung der SPD-Arbeiterklasse!“

Die Agenten der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse merken, daß wir ihr Betrugsspiel erfolgreich entlarven

Wir veröffentlichen vor einigen Tagen eine Weibung, wonach ein Funktionär der SPD 5 Mark für den Wahlfonds der KPD gesammelt hat. Die Oberläufiger Volkszeitung schrieb darauf: „Die Arbeiterstimme lügt.“ Am Sonnabend veröffentlichten wir dann den Namen des edlen Spenders.

Die Redakteure der Dresdner Völkchenzeitung am Weltisenerplatz scheinen Gefallen an dem Schmonies der Oberläufiger Volkszeitung gefunden zu haben, zumal der Verfasser des mit dem Wortlein „Demagogie“ überschriebenen Artikels erklärte, er habe sich beim Velen der Heberchriften in der Arbeiterstimme auch Gedanke gemacht.“ (Donnerstags)

Die Dresdner Volkszeitungsredakteure denken die „neutriche Polemik“ gegen die Heberchriftenfabrikanten in der Güterbahn-hofstraße denn auch heilig ab. Und sie lassen den Mann aus der Provinz denn folgendermaßen zu Wort kommen:

„Ich habe mir gesagt, die Heberchriften „zur Vernichtung der SPD“ müssen ergänzt werden. Eines Tages sind die KPD-Redakteure am Ende ihres Schlafwortarsenals, ummal zwölf Heberchriften täglich, in denen die Bezeichnung SPD vorkommt, in einem Jahre, also bei 365 Tagen, die hübsche Summe von 4380 Heberchriften gegen die SPD ergeben. Ein erfreulicher Konsum!“

Und nun schlägt der gute Provinzler, der uns „unter die Arme greifen“ will, weitere zwölf Heberchriften zur beliebigen Verwendung vor.

Die Vorschläge lassen erkennen, daß sich der Mann eben bisher nur mit den Heberchriften in der KPD-Presse, nie aber mit dem unter den Heberchriften befindlichen Nachweis der politischen Verleumdung der SPD-Bürokratie beschäftigt hat. Vielleicht sind ihm die Jüge des politischen Geistes der SPD zu heilig, die ihm da im Spiegel der KPD-Presse vorgehalten werden. Kann die Volkszeitung denn leugnen,

daß Biffel als Minister durch seine Tätigkeit die Arbeitslosen betrog,

daß die SPD-Reichstagsfraktion die Erwerbslosenversicherung verschlechtert hat,

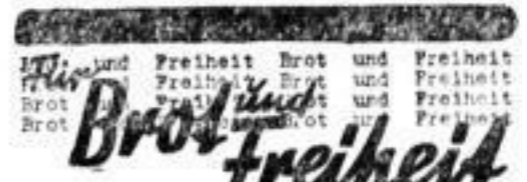
daß Hilferding die Großindustriellen unterstützte, indem er ihnen 800 Millionen Mark Besteuern schenkte,

daß durch Zustimmung der SPD-Reichstagsfraktion die Erhöhung der Steuerlasten der Arbeiterklasse Tailache wurde?

Die Volkszeitung schlägt uns als letzte Heberchrift vor: „Anzere Aufgaben zur Vernichtung der SPD-Arbeiterklasse!“ Wir lachen über diese Manasleistung politischer Borniertheit. Sie ist treffender Ausdruck dafür, in welsch ideologischen Sumpf die „Dresdner Volkszeitung“ geschlittert ist, an der einst Franz Mehring und Rosa Luxemburg mitarbeiteten.

„Anzere Aufgaben zur Vernichtung der SPD-Arbeiterklasse“...? Bildet sich die SPD-Bonaparte, bilden sich die Edel, Böchel, Liebmann, Gröhlch, Sachs u. Co., die Herren, für die der Sozialismus erfüllt ist, tatsächlich ein, die „SPD-Arbeiterklasse“ darzustellen? Lenin nannte diese Politikanten „von der Bourgeoisie gekaufte Agenten im Lager Arbeiterklasse“. Das Geschrei in der Volkszeitung beweist nur, daß wir drauf und dran sind, ihren Einfluß bei den Arbeitern zu brechen!

Kolporteurs gesucht



Wahl-Zeitung

die auf 16 Seiten hervorragendes B i l d material über sämtl. Parteien von der SPD bis zu den Nazis bringt. für 20 Pfennige bei jeder Literaturstelle zu haben !!



in Dresden und Bez. Ostsachsen

Sofortige Meldung oder Bestellung an die AIZ-Auslieferungsstelle, Dresden-A., Güterbahnhofstraße 24

3 Millionen Erwerbslose hungern in Deutschland!

Nur die Sowjetmacht gibt Brot und Arbeit!

Tatsachenmaterial gegen die infame Rußlandhebe der SPD: „Hungernde am Kreml“

Um die Arbeiterklasse von dem in Deutschland herrschenden Klassenland und ihren Aufgaben abzulenken, geht die bürgerliche und sozialdemokratische Presse dazu über, Schauerberichte über die Sowjetunion zu verbreiten. So gab die SPD jetzt ein Flugblatt heraus: „Hungernde am Kreml“. Kein Schwindel ist den Sozialfaschisten plump genug, vor keiner Lüge machen diese Herrenhunde der Kapitalisten Halt. Mit Absicht wenden sich selbst sozialdemokratische Arbeiter von diesen Wohlmethoden der SPD-Führer. In zahlreichen Betrieben, wo die SPD ihr Flugblatt verteilt, nahmen es die parteilosen und sozialdemokratischen Arbeiter und gerissen oder verbrannten es. Pfui Teufel über eine

solche Kampfmethode! Hörte man vielfach aus dem Munde der Proleten. Die Arbeiter wissen, daß durch derartige Flugblätter die SPD-Führer nur ihren schändlichen Verrat, den sie an den Erwerbslosen begangen, vertuschen wollen. Stellen wir die Verhältnisse der Arbeiter im kapitalistischen Deutschland denen der Arbeiter in der Sowjetunion gegenüber, so finden wir, daß sich die Lebensverhältnisse des Proletariats der Sowjetunion gewaltig verbessert haben, während in Deutschland die Arbeiter immer härter am Hungertuche nagen, mit immer gewaltigeren Steuerlasten bedacht werden und immer mehr verelenden.

Wie hoch ist die Arbeitszeit in der UdSSR?

Während der Zeit des Faschismus betrug die durchschnittliche Arbeitszeit der Industriearbeiter der Sowjetunion täglich zehn Stunden. Die Vereinnahmung von Millionen Arbeitern aus dem fernen Land, die Eröffnung neuer Betriebe führte nicht nur zu einer Verringerung der Arbeitslosenziffer, sondern auch zu einer bedeutenden Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. Die Dauer der tatsächlichen Arbeitszeit betrug im Jahr

| | | | | |
|---------|---|---------|----|---------|
| 1927/28 | 7 | Stunden | 42 | Minuten |
| 1928/29 | 7 | „ | 35 | „ |
| 1929/30 | 7 | „ | 20 | „ |
| 1930/31 | 7 | „ | 02 | „ |
| 1931/32 | 6 | „ | 52 | „ |

Somit wird bereits im Herbst 1932 die Durchschnittsdauer der Arbeitszeit in der Sowjetunion nur noch 6 Stunden 52 Minuten betragen.

Wo hungern die Arbeiter, am Kreml oder in Deutschland?

Jeder Arbeiter wird auf Grund des von uns hier veröffentlichten Tatsachenmaterials die infame Rußlandhebe der SPD-Führer durchschauen und zu der Erkenntnis kommen, daß die Hungernden nicht am Kreml, sondern in der von den Sozialdemokraten und den reformistischen Gewerkschaftsbürokraten vertriebenen „freien, demokratischen Republik Deutschland“ zu suchen sind. Rußlands Proletariat materialisiert. Die russischen Arbeiter brauchen nicht einen Kampf führen gegen ihre Regierung um die Verkürzung der Arbeitszeit, um Unterstützung der Arbeitslosen, wie die deutschen Proleten.

Millionen fordern Arbeit und Brot, Millionen verhungern, so schrieb Mag Sedenow im „Zwickauer Volksblatt“ im Juli dieses Jahres. Hat nicht der Ortsauschuss des ADGB Zwickau in seiner Entschließung zur Erwerbslosenfrage im Juli 1923 festgestellt, daß das Elend der Arbeitslosen in Deutschland noch nie so groß war wie jetzt? Hat nicht selbst der reformistische Ortsauschuss des ADGB in Zwickau erklären müssen, daß Millionen Frauen und Kinder zugrunde gehen, weil ihnen die deutsche kapitalistische Republik auch nicht das Notwendigste zum Leben zu geben vermag?

Hunger in Deutschland, Massenelend und Sterben in der Hindenburg-Republik.

Mußtiefe, Brot und Arbeit im Lande der Arbeiter und Bauern der Sowjetunion.

Die infame sozialdemokratische Rußlandhebe der sozialdemokratischen Führer und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie muß den Arbeitern im Betrieb und den Erwerbslosen immer mehr zeigen, daß das, was heute die Sozialdemokratie in ihren Flugblättern schreibt, nichts weiter als ein elendes Wahlmanöver, als einen niederrichtigen Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse darstellt. Sozialdemokraten und Faschisten stehen in einer Front gegen das Proletariat der Sowjetunion und die revolutionären Arbeiter Deutschlands. Das müssen sich die Arbeiter merken. Sie müssen darauf die Antwort geben, indem sie in den Betrieben Kampfausschüsse für den Streik, gegen die Massenverelendung, für den Kampf um höheren Lohn, für den Kampf um den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich bilden und unter Führung der kommunistischen Partei und der KGD den Kampf gegen Unternehmertum, Staatsapparat und reformistische Gewerkschaftsbürokratie aufnehmen.

Am 14. September müssen die Arbeitslosen, die Betriebsarbeiter und Jugendlichen die Antwort geben durch Wahl der Liste 4!

Wieviel Erwerbslose hungern in Deutschland?

Die Arbeitslosenziffer in Deutschland steigt von Monat zu Monat. Zehntausende von Arbeitern fliegen jede Woche auf die Straße und haben keine Aussicht mehr, in den Produktionsprozess zu kommen. Betrug die Zahl der Arbeitslosen im April 1929 1.826.000, so stieg sie bis Ende April 1930 auf 2.830.000. Die amtliche Statistik gibt für den Monat Juli eine Erwerbslosenziffer von über 3.000.000 an.

Wieviel Arbeitslose erhalten Unterstützung?

Durch das von dem Sozialdemokraten Wisfler eingebrachte Wandergesetz zur Arbeitslosenversicherung im Oktober 1929, das die volle Zustimmung der Sozialdemokraten einschließlich der Toni Sender, Arzt und Seidenwitz fand, wurde hunderttausenden von Erwerbslosen die Unterstützung geraubt. Die betrübliche Prekariatverordnung, die sich jetzt auswirkt, wird weiteren Hunderttausenden von Arbeitslosen jede Unterstützung nehmen.

Die amtlichen Feststellungen für den Monat Juli ergaben, daß von den circa 3 1/2 Millionen Arbeitslosen nur 1.700.000 Unterstützung bezogen.

Der übrige Teil der Erwerbslosen ist auf die Wohlfahrtsunterstützung angewiesen, deren Höhe so niedrig ist, daß sie nicht

einmal zur Bezahlung der Miete reichen. Circa 900.000 Arbeitslose in Deutschland erhalten überhaupt keine Unterstützung.

Wenn jetzt die Sozialdemokratie erklärt, daß sie für den Ausbau der Arbeitslosenunterstützung kämpfe, so ist das ein elender Wahlbetrug. Dasselbe Wahlversprechen gaben die sozialdemokratischen Führer auch vor der letzten Reichstagswahl im Jahre 1928, um dann im Reichstag ihre eigenen Anträge niederzustimmen und um statt Mittel für die Arbeitslosen zu bewilligen, Millionen für den Panzerkreuzer A auszuwerfen.

Wieviel Arbeiter sind in Deutschland beschäftigt?

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund veröffentlichte in der Gewerkschaftszeitung des ADGB eine Statistik, aus der hervorgeht, daß von den in den Gewerkschaften organisierten Mitgliedern im März 1929 91 Prozent voll beschäftigt waren, im März 1930 dagegen nur noch 71 Prozent, also 20 Prozent weniger. Seither ist die Beschäftigungszahl noch weiter zurückgegangen, so daß die Zahl der vollbeschäftigten Gewerkschaftsmitglieder des ADGB nur noch 65 Prozent beträgt.

Wie sieht es in der Sowjetunion aus?

Am 1. August 1929 betrug die Zahl der registrierten Arbeitslosen 1.298.000. Davon waren 60 Prozent ungelernete Arbeiter, davon 35 Prozent solche, die zum ersten Male Arbeit suchten, 14,2 Prozent waren Büroangestellte, und nur 16,3 Prozent entstammten den Industriearbeitern. Seitdem ist die Zahl der Arbeitslosen der UdSSR gewaltig gesunken. Die letzte amtliche Statistik vom April 1930 ergab, daß in der Sowjetunion nur noch 725.000 Arbeitslose vorhanden sind.

Welche Unterstützung erhalten die Arbeitslosen in der UdSSR?

Die Arbeitslosen sind in drei Kategorien eingeteilt: Gelehrte, Ungelernte und Angelehrte. Die von der russischen Regierung gewährte Arbeitslosenunterstützung beträgt für die gelehrten Arbeiter 27 Rubel im Monat, für die angelehrten 20 Rubel und für die ungelerneten 16 Rubel. Ein Familienzuschlag wird für alle arbeitsunfähigen Kinder, sowie für die Mutter, die über 50 Jahre alt ist, und für den Vater, der über 55 Jahre alt ist, gezahlt. Der Höhe des Familienzuschlags beträgt 15 Prozent der Hauptunterstützung für eine Person, 25 Prozent für zwei und 35 Prozent für drei und mehr Personen. Die Unterstützung wird auf die Dauer von 18 Monaten gezahlt.

Welche Unterstützung erhalten die Arbeitslosen noch?

Neben der staatlichen Arbeitslosenunterstützung erhalten die Arbeitslosen eine Unterstützung im Falle einer Niederkunft oder eines Todesfalles eines Familienmitgliedes, sowie unentgeltlich ärztliche Behandlung für sich und die Familienmitglieder. Außerdem von diesen Gelbunterstützungen, genießen die Arbeitslosen in der UdSSR noch eine ganze Reihe von Vergünstigungen, die ihre materielle Lage bedeutend verbessern. So erhalten die Arbeitslosen der UdSSR eine Wohnung fast unentgeltlich, da der Mietpreis für sie höchstens 5,4 Kopeln pro Quadratmeter im Monat beträgt. Ferner erhalten sie durch die Arbeitsnachweise kostenlose bzw. ermäßigte Guttscheine für Mittagessen. Arbeitslose sind von der Bezahlung jeglicher Steuer befreit.

Ausbildung der Arbeitslosen als Facharbeiter

Während in Deutschland die Arbeitslosen zur Zwangsarbeit um 10 Pfennig pro Tag gezwungen werden, hat die russische Regierung Schulen für die Arbeitslosen eingerichtet, in denen sie als Facharbeiter ausgebildet werden. In diesen Kollektiven erhalten die Arbeitslosen bis zu sechs Monaten lang Ausbildung und dafür eine

tägliche Entschädigung von 2,17 Rubel.

Diese Art Unterstützung, die für die gegenwärtige Zusammenlegung der Arbeitslosen in der UdSSR wesentlich ist, entwickelt sich besonders intensiv. So wurden insgesamt im Jahre 1925/26 11.600 Personen, im Jahre 1926/27 26.800 Personen, im Jahre 1927/28 49.000 Personen, im Jahre 1928/29 83.000 Personen und im Jahre 1929/30 245.000 Personen.

Die Ausgaben der UdSSR für die Arbeitslosenversicherung

Die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung wuchsen im Laufe der Arbeitslosenversicherung ununterbrochen an. So betragen im Jahre 1926/27 die Ausgaben der Sozialversicherung für Arbeitslosenversicherung 89,4 Millionen Rubel, im Jahre 1927/28 113,6 Millionen Rubel und im Jahre 1928/29 129,1 Millionen Rubel.

Wo müssen 3 Millionen hungern?

Ebenso wuchsen die Summen, die von der Sozialversicherung für die werksmäßige Unterstützung bereitgestellt werden. Dafür wurden veranschlagt im Jahre 1925/26 21.276.000 Rubel, im Jahre 1926/27 22.922.000, im Jahre 1927/28 23.955, im Jahre 1928/29 30.825.000 und im Jahre 1929/30 sollen 11.500.000 Rubel für diesen Zweck veranschlagt werden.

Wieviel Arbeiter sind in der UdSSR versichert?

Die Anzahl der Personen, die von der Sozialversicherung erfasst sind, betrug wie folgt:

Anzahl der versicherten und der Lohnarbeit verrichtenden Personen in der UdSSR (in Tausenden):

| Wirtschaftsjahr | Zahl der Lohnarbeit verrichtenden Personen | Zahl der Versicherten | Prozentjah der Versicherten |
|-----------------|--|-----------------------|-----------------------------|
| 1922/23 | 6.736,0 | 5.241,0 | 78,0 |
| 1923/24 | 7.330,0 | 5.653,6 | 77,5 |
| 1924/25 | 8.215,3 | 6.720,8 | 81,5 |
| 1925/26 | 9.843,5 | 8.186,0 | 83,2 |
| 1926/27 | 10.346,0 | 9.038,0 | 87,4 |
| 1927/28 | 10.535,0 | 9.673,8 | 91,0 |

Wie aus der obengenannten Tabelle zu ersehen ist, ist es den Versicherungskassen der UdSSR bisher nicht gelungen, die Gesamtmasse der Lohnarbeiterschaft zu erfassen. Nicht gänzlich erfasst sind hauptsächlich diejenigen Personen, die gegen Lohn in bäuerlichen Wirtschaften beschäftigt sind, wozu die Organe der Sozialversicherung erst in den letzten Jahren vorzudringen begonnen haben.

Nationalsozialistisches Werben um Arbeitslose

Wer ist Cuno Meyer, der Nazi-Referent in den Anwesen?

Cuno Meyer ist kein Bankier, er ist Hafenkreuzabgeordneter. Wir haben auch noch keine Kunde bei ihm gemacht. Cuno Meyer wohnt in Weinböck und ist dort Besitzer einer Spargelplantage. Diese Spargelplantage hat Cuno Meyer, wie viele Inflationskünstler auf sehr billige Art gekauft. Er hat dem vorhergehenden Besitzer eine so große Summe Geldes für die ganze Anlage bezahlt, daß er sich davon 5 Pfund Spargel kaufen konnte. Cuno Meyer ist also einer von denjenigen, die es verstanden haben, sich auf „rechtmäßige“ Art und Weise in der Inflation eine billige Spargelplantage zu beschaffen. Referent Cuno Meyer ist also Hafenkreuzabgeordneter im Sächsischen Landtag und auf der Kandidatenliste der Nazis wurde er seinerzeit als Landwirt angegriffen.

Nun soll dieser Mensch die Erwerbslosen am Donnerstag 13 Uhr in den Dresdner Anwesen darüber aufklären, wer die Schuld trägt an ihrer Verelendung. Auf dem Zettel, den die Nazis dazu geschrieben haben, steht als oberstes „Schuld daran trägt der tolle Sowjetrußland“. Das ist doch sehr interessant. Es sind also nicht die Kapitalisten Schuld, von denen die Hafenkreuzler ihr Geld erhalten, die durch die Nationalisierung der Arbeiter auf die Straße werfen. Es sind also nicht Schuld daran die Industrie- und Bankkönige, die die Arbeiterlöhne und die Angestelltengehälter immer tiefer herabsenken, die diesen Kapitalisten, deren Interessen durch die Nazi-Streitkräfte gegen die um ihre Existenz kämpfenden Arbeiter verteidigt werden. Neben ist Silber, wenn es auch nicht hoch im Kurs steht, aber Schweigen ist Gold. Cuno Meyer, der Hafenkreuzler, will also den Arbeitslosen das alte Blech vorsetzen, das sie von jedem Industriekönig, das sie aus jeder bürgerlichen und das die Nazis auch aus den sozialdemokratischen Zeitungen abschreiben. Die goldenen Wahrheiten aber, die werden von Herrn Meyer verschwiegen. Deshalb hängen wir der Nazi die Schelle an. Im vollen Einverständnis mit der nationalsozialistischen Parteiführung haben die sächsischen Nazis es abgesehen, im Sächsischen Landtag das geringste für Arbeitsbeschaffung zu tun. Der Reaktionskollege Meyer, der Nazi-Abgeordnete Kunz, hat eine Erklärung abgegeben, daß seine Fraktion an der Beratung der Arbeitsbeschaffungspläne nicht mitarbeiten wird, daß sie nur am Ministerposten kämpfen wollen.

Auch der Parteigenosse unseres „achtenwertes“ Herrn Meyer, Fritz, hat folgende Regierungsgesetze auf dem Kerbholz:

Den Zuschuß für die Erwerbslosen in Thüringen in Höhe von 500.000 Mark hat Fritz gestrichen.

Jeder Erwerbslose in Thüringen muß ebenso wie jeder Millionär 6 Mark Steuer zahlen.

Die Ministerzahl in Thüringen wurde von 2 auf 3 erhöht und die Ausgaben für die Ministergehälter somit von 40.000 auf 51.000 Mark.

Die Kommunisten haben im Thüringischen Landtag eine Reihe Anträge eingebracht gegen die Stilllegung der Betriebe, Spinnereien, Steinbrüche usw. Die Nazis stimmten gegen diese Anträge.

Die Nazis beantragten im Reichstag die Einführung der Arbeitsdienstpflicht für alle Jugendlichen mit einem Tagelohn von 40 Pfennig. Sie verlangen also daselbe, was Herr Dr. Führer in Dresden macht, der bekanntlich die Arbeitslosen zu einem Stundenlohn von 20 Pfennig zur Arbeit zwingt.

Wir sind überzeugt, diese wenigen Tatsachen, die um ein vielfaches vermehrt werden könnten, werden die Erwerbslosen überzeugen, daß die nationalsozialistischen Führer eine Bande von Betrügern sind, denen es nicht möglich sein wird, die klauenbewußten Arbeiter für das Dritte Reich, in dem Industrie- und Bankkönige unumhändert herrschen können, zu gewinnen. Die Erwerbslosen werden mit der kommunistischen Partei der Auffassung sein, daß man die Ausbeuter und ihre Helfershelfer aus Deutschland vertreiben muß. Sie werden deshalb für Liste 4 stimmen.

Revolutionäre Opposition im Gesamtverband

Freitag den 22. August um 19,30 Uhr im „Zuchsbau“, Schölergasse: wichtige Sitzung aller im Gesamtverband organisierten, auf dem Boden der KGD stehenden Genossen. Jeder Genosse muß am Freitag seine Sammelkarte für den KGD-Kongress in seinem Betriebe zirkulieren lassen und abends im „Zuchsbau“ abrechnen.

Rund um den Erdball

Krachende Waggons — Gellende Schmerzensschreie

Grubenzug mit 60 Kumpels verunglückt

Bisher 4 Tote, 17 Schwer- und 27 Leichtverletzte

Saarbrücken, 19. August. Eine entsetzliche Eisenbahnkatastrophe ereignete sich am Montagmorgen auf der Grube von Hoube bei Kreuzwald im Saarrevier. Dort rannte der Grubenzug, in dem etwa 60 Bergarbeiter von Grube 1 nach Grube 2 befördert werden sollten, mit einem entgegenkommenden Güterzug in voller Fahrt zusammen. 4 Kumpels wurden sofort getötet, 17 schwer und 27 leicht verletzt.

Die Nachricht vom dem furchtbaren Unglück hatte sich im Nu wie ein Lauffeuer über das ganze Bergengebiet, ja sogar bis nach Metz verbreitet. Von allen Seiten eilten Hebertagearbeiter herbei, um zu retten, was noch zu retten ginge. Ein furchtbarer Anblick bot sich den Entsetzten dar. Drei Wagen des Grubenzuges waren durch den Güterzug vollkommen zertrümmert. Rings umher lagen Schiffe und andere Kleidungsstücke und aus den Trümmern der ineinandergehobenen Wagen drang entsetzliches Schmerzensgeschrei, das Todesröcheln der Sterbenden und die gellenden Hilferufe der Eingekerkerten.

Die sofort alarmierte Feuerwehr hatte bei den Rettungsarbeiten fast unüberwindliche Schwierigkeiten zu bewältigen. Waren doch vielen der Unglücklichen beide Halsgürtel der zerborstenen

Wagenwände tief in die Körper eingedrungen. Bei den meisten Schwerverletzten, die in das Krankenhaus von Kreuzwald überführt wurden, haben die Ärzte jede Hoffnung aufgegeben.

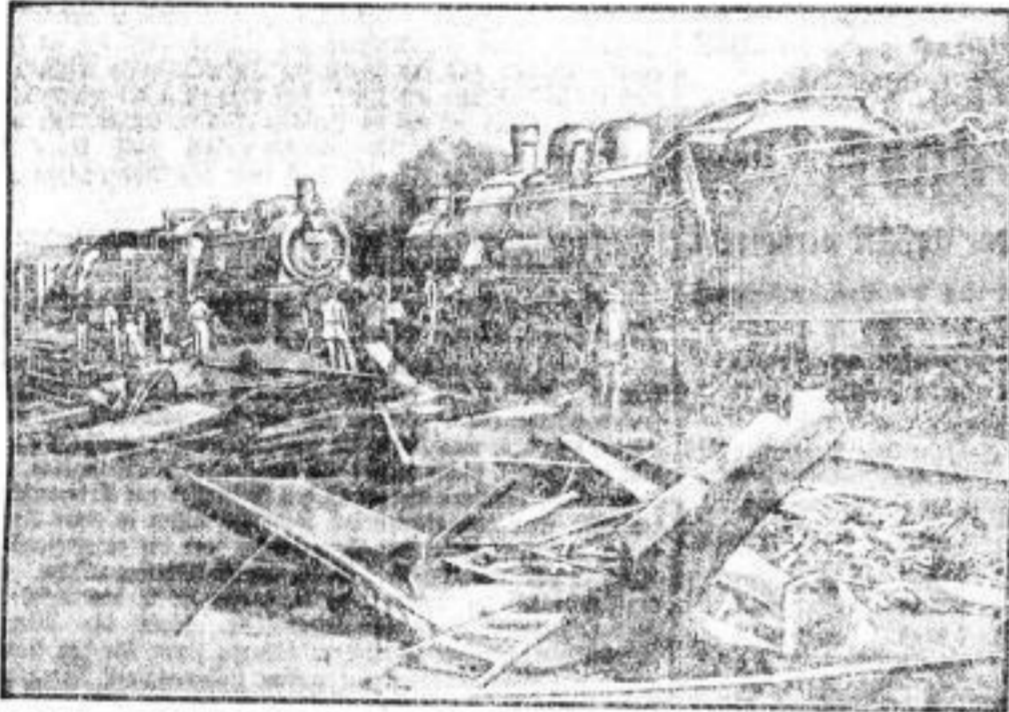
Bergarbeiterliche Szenen spielten sich vor dem Grubentor und später vor dem Kreuzwalder Krankenhaus ab.

wo die Angehörigen in verzweifelter Sorge sich Gemütsruhe über das Schicksal ihrer Männer, Väter oder Brüder verschaffen wollten.

Wer die Schuld an dieser gräßlichen Eisenbahnkatastrophe trägt, soll angeblich bis zur Stunde noch nicht festgestellt worden sein. Nun, wir sind der Meinung, daß man nach den Hauptverantwortlichen dieser Katastrophe gar nicht erst lange zu suchen braucht.

Es ist das mörderische System der kapitalistischen Ausbeutung, das mit immer härteren Konditionalisierungsmaßnahmen das Arbeitstempo zum rasenden Wettlauf um den Mehrwert gestaltet. Einleuchtend, daß dadurch alle Sicherheitsmaßnahmen für Leben und Gesundheit der Proleten immer mehr mißachtet werden. Tatsächlich jagt denn auch in den letzten Jahren eine Katastrophe die andere. Es fragt sich nur: Wie lange noch?

Eisenbahnkatastrophe in Rumänien



In der Nähe der rumänischen Station Soceleanu rasten infolge falscher Weichenstellung der Bukarester Schnellzug mit dem aus Konstanza kommenden Express in voller Fahrt aufeinander. Der Zusammenstoß kostete 10 Passagieren das Leben. Unser Bild zeigt die beiden Unglückslokomotiven kurz nach Beendigung der Aufräumungsarbeiten.

Missionstraktätchen für die Gefangenen, aber keine Unterhosen

Wie wird man Gewohnheitsverbrecher?

Die Kirche hat einen guten Magen — Sie frißt sich an der Gefangenenfürsorge fett

Berlin, 19. August. (Mater Hülfe-Vericht.) Wenn Kontrollkommissionen die deutschen Strafanstalten besuchen, werden die Gefangenen auf den Hof gestellt und fein sauber mit Turnhosen bekleidet. Die Photographen und Filmstreifen knippen und kurbeln wie wild und in den bürgerlichen Schmutzblättern erscheinen am nächsten Tage Bilder mit der Unterschrift: „Spannende Sportkämpfe im Zuchthaus“. Der Arbeitslose, der sich der „goldenen Freiheit“ erfreut, wird, wenn er derartige Bilder sieht, direkt auf die „Verbrecher“ in den „modernen Zuchthäusern“ neidisch.

Wie ist es aber in Wirklichkeit?

Da ist der Fall des Gefangenen Schaale, der typisch ist für das Schicksal aller Proleten, die sich in den Klauen der Klassenjustiz verstrickt haben. Schaale also, ein Berliner, hat 15 Jahre in Gollnow gefessen und wurde vor einigen Tagen entlassen. Mit blauen Knöcheln händigte man ihm bei seiner Entlassung seinen Verdienst für diese 15 Jahre aus. Er betrug 51 Mark. In Worten: einundfünfzig Mark! Jawohl, Leser der „Noten Rahne“, du hast recht gelesen. Schaale hat tatsächlich in diesen 15 Jahren nur 51 Mark verdient!

Großmützig hat man ihm noch ein Hemd dazu geschenkt. Einen Mantel hat er jedoch in den 15 Jahren nicht verdient. Weil er nun eine Mark über 50 Mark „verdient“ hat, bekommt er keine Freifahrtkarte, sondern muß die Fahrt von seinem Gelde bezahlen. In Berlin angekommen, geht der Rest drauf für ein Zimmer. Hat er Glück, so holt er sich von der „Fürsorge“ monatlich mit Hängen und Würgen 20 Mark Unterstützung heraus. Davon soll er nun leben! Arbeit bekommt er bei der jetzigen Maschinenverwahrlosgenheit nicht. Will er nicht nur vor Hunger krepieren, ist er gezwungen, „zufällig“ zu werden. Natürlich wird er schwerer bestraft, wie beim erstenmal, bis zu seinem Tode, um dann in der Statistik als „Gewohnheitsverbrecher“ registriert zu werden.

Seelforger und Unterricht

So miderig und knauserig die deutschen Strafanstalten für das leibliche Wohl der Gefangenen sorgen, so großzügig, ja

geradezu verschwenderisch sorgen sie für die „gefährdeten Seelen“ der „Gefährdeten“. Unter dem Vorhinein eines mehr oder weniger feigen Anstaltsgeistlichen gedeiht in der Finsternis der deutschen Strafanstalten eine sogenannte soziale Einrichtung, genannt die Gefangenenfürsorge. Der Pfaffe benötigt natürlich diesen Posten ausgiebig dazu, seiner Kirche und ihren tollpöhligen Anhängern fettes Fressen zu verschaffen. Besonders die Pruderelen und Verfassungsknacker der unsagbar schamlosen Missionstraktätchen haben Ursache, das Hochelied auf die Gefangenenfürsorge zu singen.

So bezieht jede Anstalt eine Menge Missionstraktätchen, die natürlich von den Beträgen der Gefangenenfürsorge bezahlt werden. Im Durchschnitt bezieht jede Anstalt 50 Exemplare „Der Missionsfreund“ zu einem Gesamtpreis von 24 M., 30 Exemplare „Neues Evangelisches Kirchenblatt“ zu 30 Mark, 200 Exemplare „Die Rettung“ für 240 Mark, 200 Exemplare „Für Alle“ mit 200 Mark, 100 Exemplare „Gute Botenschaft“ für 120 Mark. Allein für diese sämtlichen Schwulstseiten zahlt jede Anstalt pro Jahr 700 Mark. Und das, trotzdem die Verantwortlichen der Gefangenenfürsorge genau wissen, daß dieser fromme Treck kaum an die Gefangenen verteilt, ungelesen in den Kübel wandert. Das ist nur ein Posten aus dem Riesenskonto „Seelforge und Unterricht“. Ankommen werden außerdem noch jährlich ausgeben für Bibeln, Testamente, Gesangbücher und sogenannte „Erbauungsliteratur“.

Dafür ist natürlich bei der größten Finanzklemme des Staates stets Geld im Überflus vorhanden. Wenn aber so ein armer Teufel von Gefangener ein windiges Häufchen von Unterhosen notwendig hat, dann heißt es, es ist kein Geld da! Das ganze segelt unter der Flagge „Soziale Gefangenenfürsorge“.

Vergleicht man diese christliche Heuchelei mit dem wahrhaft sozialen Strafvollzug in der Sowjetunion, wo kein Pfennig für „Opium“, also religiöse Traktätchen ausgegeben wird, aber alles genau wird, um den Gefangenen wieder als gleichwertiges Mitglied in die sozialistische Gesellschaft einzureihen, so wird jeder Arbeiter erkennen, wo in Wahrheit der „moderne Strafvollzug“ und eine wirklich soziale Gefangenenfürsorge zu finden sind.

Das rote ABC

C.

Es segnen Christen und Corpsstudenten
Die deutschen Chlorgasproduzenten.
Die Cyanallgestalten verrecken,
Damit die andern Champagner schlecken,
Die reformistische Clique zeigt immer nackter
Ihren imperialistischen Charakter.
Es singt der staatsparteiliche Chor
Der Chemieleindustrie Choräle vor,
Vernichtet all die verlogenen Christen!

Wählt Kommunisten!

Autobuskatastrophe in Frankreich

Bisher vier Todesopfer und zehn Schwerverletzte

Paris, 19. August. Ein folgenschweres Autobusunglück ereignete sich am Montagabend in der Nähe der südfranzösischen Stadt Grenoble. Ein Autobus, in dem 62 Personen Platz genommen hatten, wollte an einem Uebergang über die Isere einem aus entgegengekehrter Richtung kommenden Personenauto ausweichen, wobei der Führer zu scharf rechts einbog. Der Autobus raste in voller Fahrt gegen das Brückengeländer und stürzte in den Fluß, der an dieser Stelle besonders tief ist. Entsetzliche Szenen spielten sich im Wasser ab. Die in Todesangst befindlichen Reisenden rissen sich gegenseitig in die Tiefe. Nach den bisher vorliegenden Meldungen wurden bis in später Abendstunde vier Tote und zehn Schwerverletzte geborgen.

Lübeck:

67. Säugling hingemordet

Nach Mitteilung des Lübecker Gesundheitsamtes hat sich die Zahl der mit den dort verunreinigten Tuberkulosekulturen vergifteten Säuglinge um zwei Todesopfer, also auf 67 erhöht. Krank sind zur Zeit noch 53 Säuglinge, die nach ärztlichem Urteil früher oder später ebenfalls Opfer des verbrecherischen Leichtsinns der Lübecker Gesundheitsbehörde werden müssen.

Motorjacht bei Zaaland gestrandet

Am Montagabend strandete das deutsche Motorjacht „Marie-Mathilde“ aus Kiel vor Albuena Triller an der Küste von Zaaland. Ein dänischer Bergungsdampfer fuhr sofort aus, um dem in Seenot befindlichen Schiff Hilfe zu bringen.

Die illustrierte Wahlzeitung der KPD.



Eure Waffe im Wahlkampf!

Diese Zeitung zeigt in Bild und Wort wie es in Deutschland ist und wie es werden muß.

Sie bringt: Die Mordliste der Nazis. — Zwei pensionierte Metallarbeiter, Severing — Schulze. — Das soziale Gesicht des Zentrums. — Todesstrafe für Abtreibung. — Massenstreifen — Massenbetrug. — Die Kandidaten der KPD, u. a.

Bei jedem Literaturobmann für 20 Pfennig erhältlich!

Erwerbslos, erwerbslos..

Erwerbsloser, deine Liste ist die Liste der **KPD.**, die Liste **4**



Stegerwald: „Wenn die Erwerbslosen nichts zu tun haben, dann sollen sie beten gehen!“ (Das erklärte ein katholischer Pfarrer in Schlesien.)



Maria Juchacz: „Ich lehne es ab, mich von jedermann Interpellieren zu lassen!“ (Das erklärte sie einer Delegation erwerbsloser Frauen.)



Hermann Müller: „Da bleibe nur noch der Gummiknüppel übrig!“ (Sein Rat an v. Kurland, wie er die Erwerbslosen aus dem Reichstag los wird.)



Wissell: „Auch die Erwerbslosen müssen Opfer bringen.“ (Aus einem Beschluss des ADGB.)

Wer?

Wer, Erwerbsloser, reißt dir das letzte Stück Brot vom Mund?

Hindenburg und Brüning haben dich am 27. Juli mit einer Notverordnung „beglückt“, die einige „Aktionisten“ verflucht:

1. Die Unterstützungshöhe richtet sich nach der Beschäftigungsdauer. Die Regelhöhe der Versicherung erhalten die Arbeitslosen nur dann, wenn sie in den 18 Monaten vor der ersten Arbeitslosmeldung mindestens 52 Wochen versicherungspflichtig beschäftigt waren. **Neun Zehntel** aller zur Zeit unterstützten Erwerbslosen erfüllen nicht diese Bedingung. Sie bekommen also nur die Höhe der Krisenfürsorge. Das bedeutet:

| | |
|---------------|--------------------------------|
| Lehnklasse 7 | verliert wöchentlich 1,45 Mark |
| Lehnklasse 8 | verliert wöchentlich 1,10 " |
| Lehnklasse 9 | verliert wöchentlich 2,10 " |
| Lehnklasse 10 | verliert wöchentlich 4,20 " |
| Lehnklasse 11 | verliert wöchentlich 4,20 " |

2. Jugendliche, die das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, erhalten keine Unterstützung. Sie sollen verhungern, lehren gehen oder Streikbrucharbeit leisten.

3. Verheirateten Frauen wird die Unterstützung, wenn auch der Mann erwerbslos ist, um die Hälfte gekürzt.

4. Die Spezzzeiten werden von vier auf sechs und auf zwölf Wochen verlängert, die Wartezeit auf 14 Tage, und verschiedene andere Verschlechterungen.

Das ist die letzte Hindenburg-Beschlerung!

Und Wissell?

Die SPD. erklärt jetzt, sie sei gegen die Verschlechterungen der Bürgerlosenderegierung. Aber man muß schon ein Trottel sein, um das zu glauben. Am 3. Oktober 1929 ist im Reichstag mit allen sozialdemokratischen Stimmen ein von Wissell eingebrachtes Gesetz angenommen worden. Was haben diese „Freunde der Erwerbslosen“ in diesem Gesetz ausgehoben? Darüber gab der Ministerialrat Dr. Lehfeldt in einer Pressebesprechung Auskunft. Er sagte:

Die Wissensche Novelle wird folgende finanzielle Auswirkungen haben: Durch Festsetzung der Anwartschaftszeit auf 52 Wochen beim erstmaligen Bezug der Arbeitslosenunterstützung tritt eine Ersparnis von 16 Millionen Mark pro Jahr ein; durch die Begrenzung der Unterstützungshöhe bei berufsunfähiger Arbeitslosigkeit auf die Höhe der Krisenfürsorge eine solche von 21 Millionen; durch die neuen Bestimmungen über die Wartezeit 2 Millionen; durch Anrechnung von Ruhegehältern und Sozialrenten von 8 Millionen; durch Herabsetzung der Beiträge



SPD.-Führer bekämpfen Arbeitslose mit Polizeihunden (Kassel)

zur Krankenversicherung der Arbeitslosen 30 Millionen. . . . Hoffe man die Ersparnisse durch die Steuerungen auf dem Gebiete der sogenannten Wirtshände auch ins Auge, so ist mit einer Winderdung des jährlichen Gesamtbetrages um 90 bis 100 Millionen Mark zu rechnen.“

Zwei Tage vor dem Hinauswurf der SPD. aus der Koalitionsregierung haben sich die Ministerialkolonialisten und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für weitere Einschränkungen der Erwerbslosenunterstützung einmütig erklärt und den Weg für die neue Hungerverordnung Hindenburg-Brüning vorbereitet.

So hat es unter Wissell ausgehoben: Wissell = Stegerwald!

Was?

Was, Erwerbsloser, hat dir die SPD. versprochen vor der Reichstagswahl 1928 und wie hat sie ihr Versprechen erfüllt?

Vor der Reichstagswahl 1928 schrieb der „Vorwärts“: „Neben der Beseitigung der Bedürftigkeitsprüfung muß insbesondere dafür gesorgt werden, daß die Krisenunterstützung in derselben Höhe gezahlt wird, wie die Versicherungsleistungen und der Anspruch auf Unterstützung“

Naziführer fordern:

Sklavenarbeit für Jungarbeiter

Die „Nationalsozialistischen Monatshefte“, theoretisches Organ der NSDAP., bringt in einem Artikel „Deutsches Arbeitsdienstjahr“:

„Gründlicher Umbau der Sozialpolitik tut not. . . In jedem Jahr eine Million junger Deutscher in den Arbeitsdienst einzustellen. . . Mit Einführung des Arbeitsdienstjahres werde mit einem Schlag die Regierung ihrer schwersten Sorge los und ledig.“

geleistet sein für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit. So ist Aufgabe des Reichstages, bei der Beratung der Vorlage des Reichstages die Krisenfürsorge in diesem Sinne auszubauen.“

Im neugewählten Reichstag bringt die kommunistische Fraktion am 15. Juni 1928 folgenden Antrag ein:

1. Arbeitslose, die die Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung nicht erfüllt haben, oder deren Anspruch auf Unterstützung erschöpft ist, erhalten ohne Prüfung der Bedürftigkeit Krisenunterstützung für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit. 2. Alle Arbeitslosen, die infolge der gegenwärtigen Bestimmungen keine Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung erhalten, werden in die Krisenfürsorge aufgenommen.

3. Die Höhe der Unterstützungshöhe der Krisenunterstützung ist dieselbe wie die der Arbeitslosenunterstützung.“

Dieser Antrag wird im sozialpolitischen Ausschuss und im Plenum des Reichstages von allen Bürgerlichen und den Sozialdemokraten niedergestimmt. Dafür wird ein nichtsagender Antrag beschlossen, der den Reichsarbeitsminister „erlaubt“, die Krisenfürsorge auszudehnen, zu verlängern und die Bedürftigkeitsprüfung neu zu regeln. Auf Grund dieses Beschlusses arbeitet zwar Wissell eine Vorlage aus, er läßt aber diese Vorlage auf den Widerspruch der bürgerlichen Minister in derselben Sitzung fallen, in der mit dem Stimmen der sozialdemokratischen Minister der Bau des Panzerkreuzers A beschlossen wird.

Wie?

Wie, Erwerbsloser, ist eine Partei zu nennen, die „soziale Anträge“ nur stellt, damit sie abgelehnt werden? Wie, Erwerbsloser, ist eine Partei zu nennen, die ihre eigenen Anträge niederstimmt, wenn die Gefahr besteht, daß sie angenommen werden?

Am 23. Januar 1929 bringt die kommunistische Fraktion einen Antrag ein, der die Verlängerung der Dauer der Versicherungsunterstützung von 26 auf 39 Wochen und den Fortfall jeglicher Karenzzeiten fordert. Ferner verlangte der Antrag die Erweiterung der Krisenunterstützung. In der Reichstags-sitzung am 24. und 30. Januar verlangt die kommunistische Fraktion die dringliche Beratung dieses Antrages. Alle Bürger-

lichen und die Sozialdemokraten lehnen die Beratung ab, trotzdem drei Millionen Arbeitslose auf der Straße liegen, monoton etwa 700 000 keine Unterstützung erhalten! Die Sozialdemokraten beabsichtigen nämlich, einen Konkurrenz-antrag einzubringen, um ihre Anhänger zu beruhigen. Das geschieht am 1. Februar. Sie fordern:

1. Die Krisenfürsorge auf alle Berufe auszudehnen.
2. Die Bezugsdauer für die Krisenunterstützung allgemein auf 52 Wochen zu verlängern.
3. Die Bezugsdauer der Krisenunterstützung für Unterstützungsempfänger, die über 40 Jahre alt sind, auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit auszudehnen.

Am 7. Februar wird der SPD-Antrag im sozialpolitischen Ausschuss behandelt. Das Zentrum erklärt sich bereit, für alle drei Punkte des sozialdemokratischen Antrages zu stimmen. Entsetzte Geschreie bei den Sozialdemokraten!

Am 8. Februar wird im Plenum der kommunistische Antrag abgelehnt. Die Kommunisten nehmen im Reichstagsplenum den sozialdemokratischen Antrag auf und verlangen namentliche Abstimmung darüber. Alle sozialdemokratischen Abgeordneten stimmen gegen ihren eigenen Antrag!

Hunde!

Mit Gummiknüppeln werden die Erwerbslosen im Reichstagsgebäude geschüttelt. Auf der Straße ist die sozialdemokratische Polizei nicht so „human“. Hier einige „harmlose“ Tatfachen:

Während selbst der Bürgerblock 1927 den Arbeitslosen eine tägliche Weihnachtsbeihilfe von 9 Mark gewährte, lehnt die sozialdemokratische Koalitionsregierung und im Reichstage die gesamte SPD-Fraktion in den Jahren 1928 und 1929 jegliche Winterbeihilfe ab.

Die Arbeitslosen liehen sich diese Verhöhnung nicht gefallen. Sie demonstrierten gegen die Regierung. In geradezu bestialischer Weise wurden die Demonstranten niedergeschlagen und angehalten. Weder Frauen noch Kinder blieben davon verschont. In Kassel formierte sich in der Hauptstraße ein großer Demonstrationzug, der gegen die Ablehnung der Winterbeihilfe protestierte. Polizei griff mit sechs Schnellstrafwagen an. Der sozialdemokratische Polizeipräsident von Kassel hat aber noch eine neue Methode herausgefunden. Kriminalbeamte, von englischen Bluthunden (Dogs) begleitet, erschienen auf der Bildfläche. Die Hunde wurden auf die Erwerbslosen losgelassen.

Erwerbsloser, am 14. September:

Rechne ab!



Die Hindenburg-Beschlerung für die Erwerbslosen

